

7. Mehrwegverpackungen für Take-aways

Postulat Andrew Katumba (SP, Zürich), David John Galeuchet (Grüne, Bülach, Beat Monhart (EVP, Gossau) vom 27. Februar 2023

KR-Nr. 70/2023, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ueli Bamert hat an der Sitzung vom 26. Juni 2023 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Zuerst zu meiner Interessenbindung: Ich bin Betreiber eines Coffee-Take-aways an der Bahnhofstrasse.

Es wäre an der Zeit, dass wir uns im Kanton Zürich für eine nachhaltigere und ressourcenschonendere Zukunft einsetzen. Und dies beginnt mit einem Bereich, den wir tagtäglich nutzen, und zwar sind das diese Mehrwegverpackungen bei Take-aways. Sie kennen es, da wird Kaffee konsumiert, Matcha konsumiert, kalt und warm, und diese Behälter, meistens Plastikbehälter oder Kartonverpackungen mit einer Folienschicht, werden tonnenweise entsorgt, wenn es gut klappt, und sonst auf den Boden geworfen. Diese Menge – wir verbrauchen in etwa 4000 bis 6000 Kartonbecher pro Monat –, das ist nicht wenig, und wir haben uns auch schon überlegt, wie man das entsprechend reduzieren könnte, und hier kommt der Vorstoss: Als Betreiber sehe ich jeden Tag die Menge an Einwegverpackungen, die unsere Kundinnen und Kunden nach nur wenigen Minuten im Abfall entsorgen. Der Anblick dieser stetig wachsenden Abfallberge verdeutlicht mir, dass wir dringend eine Veränderung herbeiführen müssen.

Wir stehen vor einer Entscheidung, die nicht nur das Abfallaufkommen reduzieren, sondern auch den Umgang mit unseren Ressourcen grundlegend verändern kann. Mehrwegsysteme bieten uns die Möglichkeit, den Kreislauf des unnötigen Abfalls zu durchbrechen und eine zukunftsfähige Lösung zu schaffen. Mehrweg ist nicht nur eine Möglichkeit, es ist eine Notwendigkeit, wenn wir die Umweltbelastungen, die durch Einwegverpackungen entstehen, eindämmen wollen.

Als Kaffeeladenbetreiber habe ich den Wandel hin zu Mehrwegsystemen bereits vor einigen Jahren eingeleitet und die positiven Effekte direkt erfahren. Leider, so muss ich inzwischen sagen, ging das Kooky-Start-up letztes Jahr Konkurs, und wir mussten diesen Testbetrieb einstellen, was ich persönlich wirklich sehr, sehr bedauere. Unsere Kundschaft ist offen für nachhaltige Alternativen, wenn diese leicht zugänglich und gut umsetzbar sind. Wir sehen, dass Mehrwegbecher und -verpackungen hervorragend angenommen werden, doch das Problem besteht darin, dass viele Betriebe nach wie vor an den Einweg-Lösungen festhalten, sich da auch festklammern, weil ihnen klare Regelungen und Anreize fehlen. Auch fehlt es an allgemeingültigen Systemlösungen für Unternehmen, sprich PET, wir kennen es.

Hierzu möchte ich auch auf die aktuelle Studie von Greenpeace hinweisen, die zeigt, dass Städte wie Basel und Bern bereits grosse Fortschritte gemacht haben,

indem sie klare Vorgaben und Anreize für Mehrwegsysteme geschaffen haben. Diese Städte sind Vorbilder für uns alle. Sie zeigen, dass es möglich ist, den Abfall drastisch zu reduzieren und gleichzeitig das Bewusstsein der Bevölkerung für nachhaltige Alternativen zu schärfen. Basel etwa hat nicht nur Mehrweggeschirr an öffentlichen Veranstaltungen vorgeschrieben, sondern auch in seinen eigenen kantonalen Einrichtungen Mehrweglösungen eingeführt. Warum also sollte Zürich hier zurückstehen?

Einwegverpackungen tragen massgeblich zur globalen Plastikschwemme bei und der Trend zu Take-away-Angeboten hat das Problem noch weiter verschärft. Ich erinnere mich da an einen Vorstoss von der SVP (*KR-Nr. 354/2021*), die ja quasi einen Bussenkatalog einforderte, um das Littering in den Städten zu reduzieren. Ich glaube, den haben Sie noch im Hinterkopf. Ich denke, mit einer Take-away-Mehrweglösung könnte man dieses Problem an der Wurzel packen. Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Abfallaufkommen pro Kopf in Europa, und dies ist wirklich peinlich. Stolz zeigen wir auf unser funktionierendes Abfallwesen und vergessen dabei, wie viel wir einfach wegwerfen. Hier müssen wir einen Zacken zulegen.

Besonders wichtig ist mir als Betreiber, dass wir auf die Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten eingehen, die zunehmend bereit sind, einen Beitrag zu leisten, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, die Einführung von Mehrwegverpackungen einzuführen. Es ist an der Zeit, dass wir die Nutzung von Mehrwegverpackungen in der Gastronomie und bei Veranstaltungen auf breiter Ebene zu einer Norm machen. Ich freue mich jetzt auf Ihre Argumente dagegen und würde dann entsprechend replizieren. Besten Dank.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Jetzt habe ich dich eben (*bei der Behandlung von KR-Nr. 33/2023*) noch über den Klee gelobt, lieber Andrew, für einen sehr sinnvollen Vorstoss zum Bürokratieabbau, und dann machst du gleich wieder das, was du am besten kannst beziehungsweise was ihr Linke am besten könnt: regulieren, vorschreiben und einschränken. Gastronomieunternehmer sollen also verpflichtet werden, ihr Take-away-Angebot auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Als Vorbilder nennt ihr da die EU und die Stadt Basel, wo bereits entsprechende Regelungen gelten. Ich denke, gerade die Technokratie-, die Bürokratie-Hölle, der Bürokratie-Moloch EU und die ultralinke Stadt Basel sind sicher nicht gute Vorbilder für einen Kanton wie Zürich. Es gibt zahlreiche Gründe gegen diese Forderung.

Zuerst einmal die Freiwilligkeit: Das ist wahrscheinlich einfach ein Fremdwort für gewisse Kreise. Die Vermeidung von Abfall ist im Trend, und wer sich umweltschonend verhält und dies auch entsprechend vermarktet, der hat einen Wettbewerbsvorteil. Es ist daher zu erwarten, und man sieht es ja auch schon oft, dass immer mehr Anbieter freiwillig und ohne staatlichen Zwang auf Mehrwegverpackungen wechseln werden. Das Ganze ist auch kein Mittel gegen das grassierende Littering. Littering ist ohne Zweifel ein Problem und auch uns ein Dorn im Auge, nur nützt diese Vorlage nichts dagegen. In der Verantwortung steht nämlich der Konsument und nicht der Anbieter beziehungsweise der Verkäufer. Wenn das

Littering-Problem, wie in diesem Postulat, einfach mit neuen Vorschriften für den Verkäufer angegangen wird, dann wird das Pferd mal wieder von hinten aufgezäumt. Es gilt, das Gewerbe vor weiterer Regulierung zu schützen.

Es ist wichtig, dass wir auf einen schonenden Umgang mit Ressourcen hinarbeiten. Vorschriften und Verbote für das Gewerbe sind aber fehl am Platz. Der einzig richtige Weg läuft unserer Meinung nach über die Sensibilisierung der Gesellschaft, über Anreize für die Konsumentinnen und Konsumenten. Gastrobetriebe leiden bereits heute unter sehr hohen Kosten, tiefen Margen und einer enorm grossen Konkurrenz. Einwegverpackungen sind halt in der Regel günstiger, und insbesondere ist auch der Umgang damit weniger aufwendig als mit Mehrwegverpackungen. Vorschriften, die den Betrieb verteuern, sollten wir – und das machen wir bei der SVP auch – grundsätzlich ablehnen. Sie schaden den Gastro-KMU und letztlich auch den Konsumenten, denn es wird ja danach einfach immer teurer. Ich sage es noch einmal, das Gewerbe darf unter keinen Umständen noch mehr eingeschränkt werden. Es ist heute schon schwierig, mit Gastroangeboten Geld zu verdienen.

Und dann hast du, Andrew, auf Basel hingewiesen, wo das bei öffentlichen Veranstaltungen heute schon vorgeschrieben ist. Ich erinnere an das «Züri-Fäscht». Das ist jetzt nicht wegen der Mehrwegverpackungen gescheitert, aber das ist ein Mosaikstein unter Hunderten von Vorschriften, die immer rigider werden. Und deshalb gibt es heute kein «Züri-Fäscht» mehr, und das wollen wir ja auch nicht. Und dann sind Mehrwegverpackungen, seien wir doch mal ehrlich, auch nicht das Gelbe vom Ei. Sie müssen dann vom Konsumenten nach Hause mitgenommen werden, sie müssen dann korrekt gereinigt werden. Die Rücknahme bietet wieder Aufwand für den Betrieb, und es besteht die Gefahr, dass sich zu Hause die Tupperwares des Lieblings-Take-aways stapeln, das habe ich zum Beispiel im Büro. Ich habe irgendwie fünf oder sechs Gläser von einem Bäcker, wo ich die Salate hole. Aber das Zurückbringen, das geht dann halt immer irgendwie durch die Lappen. Auch bei minderwertigen Verpackungen beispielsweise aus billigem Plastik, da können dann vielleicht nach mehrmaligem Gebrauch sogar gesundheitliche Risiken noch dabei herauschauen.

Fazit: Wir haben es hier mal wieder mit einem generell gewerbefeindlichen und antiliberalen linken Vorstoss für mehr Regeln und mehr Bürokratie und mehr Staat zu tun. Einmal mehr sollen Bürger und Wirtschaft per Gesetz zum erwünschten Verhalten umerzogen werden. Das wollen wir nicht, deshalb sagen wir nein danke.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Vorstandsmitglied des Gastro-Verbandes Kanton Zürich und Mitinhaber eines Gastrobetriebs.

Die Gastronomiebranche spielt schon heute eine aktive Rolle im Bereich Nachhaltigkeit und Abfallvermeidung. Beispiele hierfür sind der Einsatz von Glasflaschen, IFCO-Klappkisten und nachhaltigem, biologisch abbaubarem Einweggeschirr. Die Begründung des Postulates zur Prüfung der Einführung von Mehrwegverpackungen im Take-away mit der Argumentation, dass Einwegverpackungen

aus dem Take-away der Hauptverursacher von Abfällen im öffentlichen Raum seien, ist schlichtweg unzutreffend. Ein Blick auf unsere grundsätzlich sauberen Schweizer Strassen und Plätze zeigt ein vielfältigeres Abfallaufkommen: Zigarettenstummel, Zigarettenverpackungen, Zeitungen, Kaugummis, Verpackungsmaterial von Esswaren, wie Chips und Süssigkeiten aus Supermärkten, Kaffeebecher, Bierflaschen, Bierdosen sowie unter anderem Einweggeschirr aus dem Take-away. Es ist jedoch eindeutig, dass Einwegverpackungen aus dem Take-away keineswegs der Haupttreiber sind. Warum sich die Forderungen ausschliesslich gegen diese richten, ist für mich nicht nachvollziehbar.

Dass in jedem Take-away neben Einwegverpackungen auch Mehrwegverpackungen angeboten werden müssen, ist nicht zielführend, sondern sogar kontraproduktiv. Personen, die ihre Abfälle sorglos im öffentlichen Raum entsorgen, werden dies auch mit Mehrwegverpackungen tun. Der Unterschied besteht aber darin, dass diese Mehrwegverpackungen in der Regel aus Plastik bestehen, während Einwegverpackungen zunehmend aus nachhaltigeren Materialien, wie Karton, Maisstärke oder anderen biologisch abbaubaren Stoffen, gefertigt werden. Dadurch wird das Problem des Litterings nicht gelöst, sondern möglicherweise verschärft.

Gemäss einem der grössten Take-away-Betriebe der Schweiz, der sich umfassend mit dieser Thematik befasst hat, muss eine hohe Rücklaufquote erreicht werden, damit die Ökobilanz positiv ausfällt. Erste Ergebnisse aus den Nachbarländern zeigen, dass in Deutschland und in den Niederlanden nur ein kleiner, einstelliger Prozentsatz der Gäste wiederverwendbare Optionen wählt. Zudem werden diese Verpackungen trotz Depot oft nicht zurückgebracht, wie Ueli Bamert schon gesagt hat. In Frankreich beispielsweise liegt die für einen positiven Umwelteffekt erforderliche Mehrwegnutzung von wiederverwertbaren Verpackungen zwischen 50- und 100-mal. Aktuell werden diese Verpackungen jedoch im Schnitt weniger als 29-mal verwendet, da sie mitgenommen oder sogar weggeworfen werden.

Meine Befürchtung ist, dass die von SP, Grünen und EVP geforderten gesetzlichen Vorgaben vor allem zwei negative Folgen haben werden: Erstens, die Kosten für Konsumenten und Betriebe werden weiter steigen. Zweitens, es wird eine erhöhte Produktion von Plastikgeschirr geben, das am Ende doch noch entsorgt wird.

Sollte das Postulat dennoch überwiesen werden, was die FDP und ich bedauern würden, ruft die FDP den Regierungsrat dazu auf, sicherzustellen, dass die Branchenverbände, die die Herausforderungen und Bedürfnisse der Take-away-Betriebe kennen, umfassend einbezogen und angehört werden. Ein solcher Schritt ist essenziell, um praxisorientierte und umsetzbare Lösungen zu finden. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Wenn ich hier auf die Seite von FDP und SVP höre, dann haben wir die Hälfte des Postulats schon beantwortet bekommen, lieber Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*), vielleicht ist das die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist, dass das Postulat die Zwillingen-

schwester unserer parlamentarischen Initiative «Abfallvermeidung bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund» (*KR-Nr. 425/2021*) ist. Mit diesem Postulat nehmen wir nun noch die Verkaufsstände von Take-aways auf öffentlichem Grund dazu.

Bei beiden Themen scheint der Kanton Basel-Stadt eine pragmatische Vorgehensweise zu haben, die kopiert werden kann. Zudem wird die neue Verpackungsverordnung der EU auch für die Schweiz relevant sein. Diese sieht langfristig einen Anstieg von Mehrwegverpackungen für Essen und Getränke im Take-away-Bereich vor. Ob dies jetzt Anreize sind, was wir wünschen, oder Vorschriften, was wir eher vermeiden wollen, lässt das Postulat explizit offen. Die GLP überweist deshalb das Postulat.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Am Morgen hetzend am Bahnhof einen Kaffee im Pappbecher in den nächsten Zug mitnehmen. Drei Minuten später ist der Kaffee schon getrunken, der Becher leer. Was bleibt, ist der Abfall. Essen unterwegs liegt im Trend, ob beim Pendeln in der Mittagspause oder auf einem Spaziergang. Take-away-Angebote sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Dieser Trend hat eine Kehrseite: Unmengen von Verpackungsmaterial oder Verpackungsabfall. Jede Person in der Schweiz produziert durchschnittlich 671 kg Siedlungsabfall pro Jahr. Damit liegen wir deutlich über dem EU-Durchschnitt, trotz unseres Selbstbilds als Recycling-Weltmeister. Einwegverpackungen aus Plastik, Karton oder Aluminium machen dabei einen beträchtlichen Anteil aus. Sie werden oft nur wenige Minuten genutzt und landen dann im Müll. Besonders problematisch ist, dass viele dieser Verpackungen im öffentlichen Raum entsorgt werden, was hohe Reinigungskosten für Städte und Gemeinden verursacht.

Der Umstieg auf Mehrwegverpackungen bringt ökologische und wirtschaftliche Vorteile: Weniger Einwegverpackungen bedeuten geringere Entsorgungs- und Reinigungskosten für die öffentliche Hand. Ressourcenschonende Mehrwegsyste-me senken den Verbrauch von Rohstoffen und Energie. Es sind langfristige Einsparungen. Auch für die Gastronomiebetriebe kann sich der Umstieg rechnen, denn die Anfangsinvestition von Mehrweggeschirren wird sich schnell amortisieren. Wenn der Kanton Zürich das Postulat umsetzt, steht er definitiv nicht allein da. Wir haben es gehört, in der EU gilt eine solche Pflicht seit 2023, Basel wurde erwähnt, auch andere Kantone haben schon Massnahmen ergriffen. Und nicht zuletzt hat die Zürcher Bevölkerung mit einem klaren Ja zum Gegenvorschlag der Kreislaufinitiative aufgezeigt, dass sie sich für eine nachhaltige Abfallpolitik einsetzt und diese unterstützt.

Lassen Sie uns heute einen weiteren Schritt in eine kreislauffähige Gesellschaft machen und stimmen Sie mit der Grünen Fraktion diesem Postulat zu.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Essen beim Take-away zu beziehen wurde in der heutigen schnelllebigen Zeit immer beliebter. Leider kommt dieses Essen oft in Einwegmaterialien daher und produziert damit sehr viel Abfall, und dies zusätzlich in einer leider oft fragwürdigen Qualität. Dieser Abfall muss korrekt

entsorgt werden oder, noch besser, soll durch Mehrwegverpackungen erst gar nicht anfallen. Über 100 Kilogramm Plastikabfall pro Kopf und Jahr, das ist zu viel. Zusätzlich müssen wir schonender mit den Rohstoffen umgehen, die Nutzungsdauer verlängern, sie möglicherweise wiederverwenden oder in den Kreislauf zurückführen. Die Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Als sogenannter Raumpate in meinem Wohnquartier komme ich oft in den zweifelhaften Genuss, die Verpflegungsverpackungen einer der grössten Fastfoodketten einzusammeln. Das grundsätzliche Anliegen finde ich in jedem Fall berechtigt. Ich habe das Postulat selber nicht mitunterzeichnet, aber mein früherer Kollege Beat Monhart (*Altkantonsrat*). Ich glaube, es leistet auch einen Beitrag zum schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Gütern, was auch im Sinne der Zürcher Bevölkerung ist, die am 25. September 2022 mit knapp 90 Prozent der Stimmen Ja zum neuen Kreislauf-Artikel in der Kantonsverfassung gesagt hat. In der praktischen Umsetzung werden sich allerdings einige Schwierigkeiten zeigen, und hier ziehe ich auch den Hut des Gewerblers an. So wird es eine Herausforderung sein, die Rückgabe von Mehrwegverpackungen konsumentenfreundlich und logistisch sinnvoll zu organisieren. Hinzu kommt, dass gerade für kleinere Betreiber von Take-aways eine Pflicht für Mehrwegverpackungen zu spürbaren Mehrkosten führt. Betrachtet man auf der anderen Seite die Menge an Einwegverpackungen, die im öffentlichen Raum achtlos auf den Boden geworfen werden, sind Massnahmen angezeigt. Der Regierungsrat wird mit diesem Postulat um einen Prüfbericht gebeten, und so finde ich diese Forderung vertretbar. Ich bin mir nicht sicher, ob die Initianten noch wissen, dass sie ein entscheidendes Wörtchen in die Forderung geschrieben haben, nämlich, dass diese «auch» in Mehrwegverpackungen anzubieten sind. Es steht «auch» drin, es ist also nicht zwingend, dass komplett umgestellt werden muss. Es soll, so verstehe ich das, eine situative Beurteilung gemacht werden. Und ich erwarte vom Regierungsrat, dass er in seinen Bericht schaut, was praktikabel ist, was Mindestgrössen von Betrieben sind, wo das greifen soll und kann. Wie ist die Ökobilanz, das wurde zu Recht gesagt, wenn man tonnenweisen Plastikbecher für Mehrweglösungen produziert und die dann trotzdem im Abfall landen? Geht das dann noch auf? Der Bericht sollte meiner Meinung nach ergebnisoffen sein, und es ist nicht zwingend, dass man immer gleich ein Gesetz macht. Aber genau hinschauen, das ist erlaubt.

In diesem Sinne wird die EVP dieses Postulat unterstützen. Und vielleicht finden Sie noch eine gute Idee als Erinnerungshilfe für vergessliche Bürger, die ihre Geschirrbehälter zu Hause vergessen, dann wäre das eine saubere Abrundung. Danke vielmals.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Verbote sind immer im Keim zu ersticken. In der Schweiz haben wir grundsätzlich keine Einwegverpackungen, es sind immer Mehrwegverpackungen; dies im Unterschied zur EU. Bei uns wird der Abfall genau gesammelt, er dient als Rohstoff für die Kehrlichtverbrennungsanlagen, und

diese produzieren Strom und Wärme, was wir ja auch brauchen. Dies im Unterschied zu vielen Ländern in der EU, wo der Abfall einfach deponiert oder in die Meere gekippt wird. Man kann Äpfel nicht einfach mit Birnen vergleichen. Danke vielmals für die Kenntnisnahme.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Wenn man vom Kreislauf spricht, dann haben wir hier mit Mehrwegverpackungen bei Take-aways oder auch bei Kaffee-Take-aways und so weiter einen konkreten Punkt, wo wir Handlungsbedarf haben. Und als zweite wichtige Sache: Wir haben hier nicht nur einen konkreten Handlungsbedarf, wir haben auch konkrete Handlungsmöglichkeiten. Wir haben quasi Alternativen hierzu, die bestehen, die einsatzbereit sind und die auch funktionieren. Es gibt bereits heute Konzepte mit Mehrweggeschirr, mit Kaffeebechern und so weiter. Das Problem momentan ist einfach, dass es nicht flächendeckend ist. Es läuft im Moment darauf hinaus: Wenn ich unterwegs Take-away-Geschirr oder irgendwie eben einen Kaffee-to-go haben will, dann bin auch ich als Endverbraucher gefordert und habe eine hohe Hürde, damit ich entsprechend ein Take-away-Geschirr, damit ich einen Kaffeebecher habe, den muss ich eventuell selber mitbringen. Es ist halt einfach nicht so, dass es so einfach wäre. Und dies können wir ändern, hier haben wir einen Hebel. Denn wenn diese Mehrwegverpackungen mehr verbreitet sind, breiter akzeptiert und auch mitgetragen werden, erzeugt dies eine entsprechende Wirkung. Es senkt die Hürde für jeden Einzelnen, sie auch entsprechend einzusetzen. Und da macht es einen Unterschied, ob man die Mehrwegverpackungen suchen muss oder diese selbstverständlich vorhanden sind. Und der Nutzen ist hier auch klar gegeben. Wir sprechen hier nämlich nicht nur von einer kleinen, sondern wirklich von einer grossen Menge Abfall. Hier haben wir also eine entsprechende Hebelwirkung. Und wenn wir auch von Mehrwert sprechen – ich habe vorher gehört, Recycling sei auch in der Kehrichtverbrennungsanlage: Nun ja, ich weiss nicht, da haben wir ein anderes Verständnis davon. Und das ganze System funktioniert auch schon in entsprechend grösserem Rahmen, ich denke hier an Festivals und Stadien. Zeigt es sich, dass es in einem geschlossenen System bereits funktioniert, in einem grossen geschlossenen System, warum denken wir denn hier nicht grösser? Machen wir das geschlossene System grösser, machen wir unseren Kanton zu einem geschlossenen Kreislauf für Take-away-Geschirr!

Die Alternative Liste wird in diesem Sinn das Postulat unterstützen. Tun Sie es bitte genauso.

Urs Wegmann (SVP, Neftenbach): Alles, was man nur einmal benutzt und dann gleich wieder wegschmeisst, da sind wir uns, glaube ich, einig, das ist nicht ideal. Es wurde darüber diskutiert, ob es sinnvoll sei, das einzuführen. Für mich das beste Argument, dass es eben in der Praxis nicht funktionieren wird, wurde aus diesen Kreisen geäussert, als wir (*bei der Behandlung von KR-Nr. 434/2022*) darüber diskutiert haben, dass die Gemeinden Abfalleimer mit getrennter Entsorgungsmöglichkeit aufstellen müssten. Da wurde von verschiedenen Personen gesagt, sinngemäss, dass es nicht zumutbar ist, eine PET-Flasche zu kaufen und

diese dann den halben Tag mitzunehmen, um sie dann richtig entsorgen zu können. Also wenn das schon ein Problem ist, dass ich alle 50 Meter getrennte Eimer haben muss, um die PET-Flasche richtig entsorgen zu können, dann habe ich grösste Zweifel, dass Mehrweggebinde dann nach Hause mitgenommen und gereinigt und wieder mitgenommen werden. Das möchte ich Ihnen einfach in Erinnerung rufen. Ich glaube, es ist eigentlich eine wirklich gute Idee und für diejenigen, die das freiwillig durchziehen, absolut sinnvoll. Aber in der Praxis wird die Mehrheit das leider nicht so nutzen, und deshalb, befürchte ich, bringt es nichts. Danke.

Andrew Katumba (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank, dass ich da noch kurz replizieren kann. Zuerst einmal möchte ich mich für die breite Unterstützung bedanken, und ich erlaube mir, noch ein, zwei Argumente einzubringen, die da gefallen sind. Zum Thema Anreize, Herr Bammert: Ja, ich befürworte grundsätzlich Anreize. Und auch mit diesem Postulat sollen entsprechend Anreize geschaffen werden. Aber ein Beispiel: Irgendwann einmal, wenn es mit diesen Anreizen nicht klappt, müssen wir leider zu Normen übergehen. Über diese Normen kann man streiten, aber ohne Normen geht es manchmal nicht. Und manchmal führen auch Normen zu Innovationen. Ich spreche zum Beispiel die Norm des Katalysators an, die für die Autoindustrie in den 80er-Jahren eingeführt wurde. Da haben die Autobauer wirklich mehrmals die Hände verworfen und gesagt, die Autos würden unendlich teuer. Heute sind Katalysatoren in jedem Fahrzeug verbaut, und ich danke es und die Luft entsprechend auch.

Ein weiteres Beispiel noch ist das PET-Recycling, es ist auch aus der Privatindustrie entstanden. Da hat man sich überlegt: Brauchen wir ein Gesetz? Und sie haben dann – hört zu –, die Privatwirtschaft hat zusammen mit dem Bund das PET-Recycling eingeführt. Und ich muss sagen, mit dieser Rücklaufquote von über 97 Prozent scheint das System wirklich gut zu funktionieren. So und jetzt sind wir in einer weiteren Phase, wir haben es ja eben gehört: Was machen wir mit diesen Einwegverpackungen? Und hier bin ich auch der Meinung, dass der Regierungsrat eine gute Vorlage ausarbeiten wird, mit der Einbindung der Gastro-Betriebe, wie es Yiea Wey Te gefordert hat, und dass man sich hier Lösungen überlegt, vielleicht auch einmal links und rechts schaut oder auch im Ausland schaut, wie man einen Testbetrieb einführen kann. Wie gesagt, ich habe es eingangs bei meinem Votum gesagt: Es gab ein Unternehmen, das nannte sich Kooky. Es hat Mehrwegverpackungen angeboten und ging leider letztes Jahr Konkurs. Das war wirklich eine gute Sache, aber eben, wenn dann entsprechend das Nudging oder der Druck fehlt, dann können auch innovative Firmen nicht überleben, und hier braucht es ein bisschen Unterstützung. Ich hoffe, dass vielleicht ein ähnliches System irgendwann einmal im Kanton Zürich Einzug hält, in Zufriedenheit mit allen Beteiligten. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 97 : 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 70/2023 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.